

3155/J XXI.GP

Eingelangt am: 23.11.2001

Anfrage

des Abgeordneten RADA
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Postenschließung der Gendarmerie in Marchegg

Der Bereich "Innere Sicherheit" ist für die Stabilität unseres Landes ein wichtiger Faktor. Daher müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, eine effiziente und leistungsstarke Sicherheitsexekutive zu fördern, die durch ihre tägliche Arbeit die Sicherheit der Menschen gewährleistet und imstande ist, erfolgreich alle Formen der Kriminalität zu bekämpfen. Ein wichtiger Teil dieser Arbeit ist die Verbrechensprävention. Vermehrte Streifentätigkeiten sind ein wichtiges Instrument der Kriminalitätsvorbeugung und steigern gleichzeitig das Sicherheitsgefühl des Menschen.

Am 23.07.2001 wurden Ihnen von der NÖ Landeshauptfrau-Stellv. Heidemaria Onodi die von der SPÖ-Marchegg gesammelten Unterschriften gegen den Schließungsplan des Gendarmeriepostens in Marchegg übermittelt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage:

1. Sind Ihrer Meinung nach genügend Gendarmeriebeamte im Bezirk Gänserndorf vorhanden, um die Sicherheitsaufgaben erfüllen zu können?
2. Wann werden Sie zu der oben angeführten Unterschriftenaktion eine Stellungnahme abgeben?
Nach unserem Wissensstand wurde seitens Ihres Ministeriums noch keine Stellungnahme abgegeben. Wenn ja, wann wurde die Stellungnahme zugesandt?
3. Wie hoch ist die Kriminalitätsrate in Marchegg in den Jahren 1999, 2000, 2001?
4. Wird nachdem die Osterweiterung vollzogen wurde, wieder ein Gendarmerieposten in Marchegg installiert?
5. In welchen Zuständigkeitsbereich fällt die Gemeinde Marchegg?
6. Wie wird nach der Schließung des Postens in Marchegg die Gemeinde sicherheitstechnisch betreut?
7. Wieviel Zeit ist eingeplant, dass nach Meldung eines Vergehens Gendarmeriebeamte vor Ort (Marchegg) vom nächstgelegenen Gendarmerieposten eintreffen?
8. Welchem Posten werden die Beamten, die in Marchegg stationiert waren zugeordnet?
9. Welche Gendarmerieposten werden Marchegg ab der Schließung betreuen?

LHStv. Heidemaria Onodi

Vorsitzende der SPÖ-Niederösterreich

3100 St Pölten, Niederösterreich Ring 1a



St. Pölten, am 23. Juli 2001

Herrn Bundesminister
Dr. Ernst Strasser

Herrengasse 7
1014 Wien

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Gegenwärtig herrscht in den von deinen Schließungsplänen von Gendarmerieposten in Niederösterreich betroffenen Regionen große Besorgnis und Beunruhigungen. Die Menschen in diesen Gemeinden sind verunsichert und wenden sich an uns Politiker mit der Bitte um Unterstützung. Aus diesem Grund habe ich auch vom Vorsitzenden der SPÖ-Marchegg Listen mit zahlreichen Unterschriften gegen die von dir gesetzte Kürzungsmaßnahme erhalten.

Diese Unterschriftenlisten leite ich nun an dich weiter, verbunden mit meiner Aufforderung, eine nochmalige Überprüfung der von dir verfügbten Schließungen einzuleiten. Es ist meine feste Überzeugung, dass mit der Schließung der Gendarmerieposten in Niederösterreich ein nachhaltiger Schaden betr. Sicherheit entsteht. Zumal es bei deinen Maßnahmen nur um kurzfristige Einsparungseffekte geht. Diese Tatsache ist auch der große Unterschied zu dem damals von Franz Löschnak vorgelegten Dienststellenstrukturkonzept bei der Gendarmerie. Denn dieses hatte gleichzeitig die Einführung der Sektorenstreifen, eine umfassende Modernisierung der Ausstattung und Ausrüstung sowie eine Erhöhung des Gesamtpersonals zum Inhalt.

Mit freundlichen Grüßen



Friedrich Ritschel
2294 Marchegg, Bahngasse 13

Herrn Bundesminister
Dr. Ernst STRASSER
c/o Bundesministerium für Inneres
Herrengasse 7
1014 Wien

Wien, 08.11.2001

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Am 23.07.2001 wurden Ihnen von der Landeshauptfrau-Stellvertreterin Heidemaria Onodi die von der SPÖ-Marchegg gesammelten Unterschriften gegen den von Ihnen betriebenen Schließungsplan des Gendarmeriepostens in Marchegg übermittelt.

Mit großer Verwunderung haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass von Seiten Ihrer Behörde bis dato keine Reaktion auf die Ängste und Befürchtungen von über 1.000 Bürgerinnen und Bürger erfolgte. Eine derartige Vorgangsweise entspricht nicht unseren Vorstellungen einer bürgernahen Politik.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, ist in unserer Stadt die Kriminalitätsrate bei Eigentumsdelikten in den vergangenen Jahren um mehr als 200 % (!) gestiegen. Das Bundesheer wird zwar zur Bewachung der EU-Ost-Grenze herangezogen, den illegalen Grenzübertritten kann aber nicht Einhalt geboten werden. Eine Verwirklichung Ihres Vorhabens den Gendarmerieposten um rd. 20 km von der Grenze entfernt zu verlegen, erscheint in Anbetracht der vorgenannten Fakten als kontraproduktiv, wenn nicht sogar gefährlich. Gleichzeitig wird durch diese geplanten Maßnahmen der Bundesregierung das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung schwer beeinträchtigt.

Wir fordern Sie daher auf diesem Wege höflichst dazu auf, auf die Besorgnisse unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger einzugehen und sehen Ihrer Stellungnahme mit Interesse entgegen.

Hochachtungsvoll

Friedrich Ritschel